

Tagesordnung 2 Punkt 22 der öffentlichen Sitzung am 02.07.2003

Vorlage Nr. 03-V-36-0015

Sanierungskonzept für Untergrundverunreinigungen und Ausführungsplanung betreffend Omnibusbetriebshof Gartenfeldstraße 18 der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Beschluss Nr. 0168

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass von der Stadt Wiesbaden für die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH zu sanierungsvorbereitenden Maßnahmen ("Sanierungskonzept und Ausführungsplanung") auf deren Betriebshof Gartenfeldstraße 18 ein Antrag auf Landeszuwendungen nach den Altlastenfinanzierungsrichtlinien gestellt ist.
2. Den sanierungsvorbereitenden Maßnahmen in Höhe von 120.000 € wird vorbehaltlich der durch rechtskräftigen Bewilligungsbescheid gesicherten 100%igen Deckung der Ausgaben durch Einnahmen aus Landeszuschüssen und Komplementärzahlungen der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH zugestimmt. Der Betrag von 120.000 € wird voraussichtlich in 2003 kassenwirksam.
3. Bei Haushaltsstelle 2.1200.950000.0.050 (Tiefbau; Altstandortuntersuchungen auf städt. Liegenschaften) wird im Haushaltsjahr 2003 der zur Durchführung der sanierungsvorbereitenden Maßnahmen erforderliche Betrag von 120.000 € bereitgestellt. Die Maßnahme hat im Jahr 2003 einen Ansatz i.H.v. 15.000 €, demzufolge sind 105.000 € überplanmäßig bereitzustellen.
4. Die Deckung des Betrages von 120.000 € erfolgt anteilig zu voraussichtlich ca. 75 % durch Landeszuweisungen bei Haushaltsstelle 2.1200.361000.8.050 (Zuweisung vom Land; Altstandortuntersuchungen auf städt. Liegenschaften) und zu ca. 25% durch Zuweisungen der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH bei Haushaltsstelle 2.1200.365000.0.050 (Zuschuss von öffentlichen wirtschaftlichen Unternehmen).
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die mit Beschluss 222 vom 16.09.1999 der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten Mittel in Höhe von 291.436,37 € (570.000,-- DM) für Maßnahmen zur "Sanierung des Mineralölschadens auf dem Omnibusbetriebshof, Gartenfeldstraße 18" (Sitzungsvorlage Nr. 99-V-36-0026) nicht in Anspruch genommen werden. Grund hierfür sind Fachergebnisse aus dem Jahr 2000, die eine Neukonzeptionierung und Aufweitung der ehemaligen Sanierungsplanung bedingen. Die Mittel sind im Zuge der Jahresrechnung 2002 eingespart.

(antragsgemäß Magistrat 06.05.2003 BP 0383)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .07.2003

Sellmann

- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0168 vom 02.07.2003

Vorsitzender